

ten in den letzten Monaten weit vor Ablauf der Hochschulverträge erneut an den Verhandlungstisch gezwungen. Die Haushaltslage erfordere weitere Konsolidierungsbeiträge, hieß es schlicht. Hessens zwölf Hochschulen sollen mit 30 Millionen Euro weniger auskommen. Die Niedersachsen sparen nächstes Jahr 40 Millionen und 2005 noch einmal 10 Millionen Euro. Trotzdem unterschreiben die Unis die neuen Kontrakte, weil sie fürchten, ohne Verträge komme es noch schlimmer. Selbst in Berlin, wo die Krise am stärksten wütet und die Ergänzungsverträge die Hochschulen hart treffen, haben Humboldt- (HU) und Freie Universität (FU) inzwischen unterzeichnet. Nur die Technische Universität (TU) weigert sich noch. Denn die fast bankrotte Stadt fordert von ihren Unis 54 Millionen Euro an einmaligen Kürzungen in den nächsten zwei Jahren und senkt dann ab 2006 den Jahreshochschuletat um satte 75 Millionen Euro. Zwar ist Berlin durch seine Schulden schon stark vorbelastet, aber die Finanzkrise nimmt auch die anderen Länder nicht aus. Überall haben Steuerausfälle riesige Löcher in den Haushalt gerissen und machen weitere Sparprogramme notwendig.

In seiner letzten Pressemitteilung vor Weihnachten schrieb die Ruhr-Universität Bochum, in Nordrhein-Westfalen würde nur deshalb nicht gestreikt, weil die Kürzungen kontinuierlicher erfolgten. „Während die Hochschulen in NRW nach dem 1999 abgeschlossenen Qualitätspakt weiterhin kräftig Stellen abbauen – das Land seine Investitionsverpflichtungen aber nicht erfüllt! – stehen die nächsten Kürzungsprogramme schon vor der Tür: Das NRW-Hochschulkonzept 2010 erzwingt weiteren Stellenabbau insbesondere in den kostspieligen und unterausgelasteten Fächern Chemie, Physik, Maschinenbau, Bauingenieurwesen sowie Elektro- und Informationstechnik.“

Ein Kahlschlag ohne Konzept ist dem aber keineswegs vorzuziehen. So einer droht beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern. Das Land steckt eigentlich mitten in den Vorbereitungen für seine ersten Hochschulverträge. Die Verfahren zur Finanzierung stehen schon im neuen Hochschulgesetz von 2002 und die Unis haben gerade zum Jahreswechsel die Entwicklungspläne fertig gestellt. Aber die Finanznot setzt der Landesregierung zu und in

ihrem Haushaltsentwurf für 2004/05 will sie nun 373 Stellen an den Hochschulen streichen. Erstmals ganz ohne Verträge, Verhandlungen und Gegenleistungen. Für die zwei Unis und drei FHs bedeutet das 10 Prozent des Personals. Allein der parteilose Bildungsminister Hans-Robert Metelmann stimmt sich gegen die Beschlüsse und verweigert sich einem Wortbruch. Denn schon 2002 hatte es starke Kürzungen gegeben – aber als Trost auch die Zusagen über jährliche Steigerungen von 1,5 Prozent bis 2006, die sich rasch als Makulatur erwiesen haben.

Vorreiter Baden-Württemberg gilt noch als Land der Seligen. Wegen seines Hochschulvertrags mit Laufzeit von zehn Jahren ist es heftig beneidet – selbst in Hochschulen Bayerns. Doch unklar ist, wie lange noch. Denn auch dort fließt das Geld immer schneller aus dem Staatssäckel und starke Einschnitte im Hochschulsystem sind geplant. Und so wird wohl auch dort bald bekürzt. Reiner Kree meint dazu lapidar: „Bei den Politikern kann man heute noch Hoffnung des Standortes sein und exzellente Evaluationsergebnisse haben und morgen wird doch wieder gekürzt.“

BRYNJA ADAM-RADMANIC

## „Die Verträge bieten uns Planungssicherheit“

**Mit dem Physiker Jürgen Mlynek, Präsident der Berliner Humboldt-Universität, sprach Brynja Adam-Radmanic.**

*Mit der Unterschrift unter die Ergänzungsverträge hat die HU sich für Planungssicherheit und gegen einen weiteren Protest gegen die Kürzungen entschieden. Aber wie sicher sind diese Verträge?*

Es gibt sie seit 1998 und das Land hält sich seitdem daran. Die Alternative wäre für uns ja gewesen ab 2006 ohne Vertrag dazustehen. Ohne Vertrag ist man aber in jedem Jahr von Haushaltssperren bedroht. Die Verträge bieten uns dagegen Planungssicherheit bis 2009.

*Wie konkret sind die Einsparpläne von Seiten der HU?*

Wir haben Ende Oktober ein Rahmenkonzept vorgelegt, das vorsieht 90 Professuren samt dazugehörigen Mitarbeiter-Stellen einzusparen und weitere 100 in den zentralen Einrichtungen. Das sind insgesamt 530 Stellen.

*Betrifft das auch die Physik?*

Ja, hier sieht das Rahmenkonzept eine Reduktion der Professuren von 21 auf 18 vor. Grundlage für unser Strukturkonzept war dabei ein Katalog von Leistungskriterien. Demnach gehört die Forschung in der Physik zwar zur Spitze, bei der Lehre gibt es aber gewisse Defizite. Etwa bei der Absolventenquote. Aber die Physik kommt mit der Kürzung von drei Professorenstellen noch relativ glimpflich davon. Bei der Chemie sieht es schlechter aus. Am wenigsten gekürzt wird dagegen in der Biologie.

*Wissen Sie schon welche Physik-Professuren von den Kürzungen betroffen sind?*

Nein, wir vom Präsidium geben nur die Zahl der Professuren vor und überlassen es dann den einzelnen Fächern zu entscheiden, wo sie ihre thematischen Schwerpunkte setzen wollen und was wegfallen soll. Aber endgültig entscheiden müssen der Akademische Senat und das Kuratorium.

*Gibt das nicht ein Hauen und Stechen innerhalb der Fachbereiche, wenn sie selbst die Kürzungen umsetzen müssen?*

Nein, die Diskussion verläuft eigentlich sehr geordnet und überaus konstruktiv. Trotz der drastischen Einschnitte werden die Chancen zur Profilbildung durch das Setzen von Schwerpunkten auch erkannt.

*Bei der 72-Std-Vorlesung waren Physikprofessoren von HU, FU und TU beteiligt, die dadurch solidarisch gegen die Kürzungen demonstrierten. Auf Ebene der Uni-Leitungen hat sich diese Solidarität nicht halten können. Verhalten sich HU und FU unsolidarisch gegenüber der TU? Ist nicht die TU von den Kürzungen stärker betroffen?*

Da sind Sie einem Irrtum aufgesessen. Die Kürzungssumme trifft alle Berliner Unis entsprechend ihres prozentualen Haushaltsanteils. Die TU hat jetzt einen Anteil von 35 Prozent am Hochschuletat und wird den auch 2009 haben. Es ist also genau umgekehrt. Nicht wir sind unsolidarisch, sondern die TU, die ihren Haushaltsanteil auf Kosten von HU und FU erhöhen will. Die TU verweigert sich den Verhandlungen mit dem Argument, sie sei die einzige Uni, die Ingenieurwissenschaften anbietet. Dabei gehören ein Drittel ihrer Fächer nicht zu den Natur- oder Ingenieurwissenschaften.



Jürgen Mlynek